

Information
gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung
für Fundbüro

Vorbemerkung

Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat nach § 965 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) dem Verlierer oder dem Eigentümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unverzüglich Anzeige zu machen. Kennt der Finder die Empfangsberechtigten nicht oder ist ihm ihr Aufenthalt unbekannt, so hat er den Fund und die Umstände, welche für die Ermittlung der Empfangsberechtigten erheblich sein können, unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen. Ist die Sache nicht mehr als zehn Euro wert, so bedarf es der Anzeige nicht.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Gemeinde Seelbach
Hauptstr. 7
77960 Seelbach
Tel: 07823 9494-0
Email: gemeinde@seelbach-online.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Sebastian Koye
datenschutzklinik
Tullastr. 89
79108 Freiburg
datenschutz@datenschutzklinik.de
www.datenschutzklinik.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Fundbüro speichert die personenbezogenen Daten des Finders, um diese gegeben falls an den Eigentümer weiterzugeben, beispielsweise aufgrund von Aufwändungsersatz oder Finderlohn. Der Finder kann seine Daten gegenüber dem Fundbüro geheim halten, wenn er die Fundsache übergibt und auf das Recht des Eigentum-Erwerbs verzichtet.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten des Finders können an den Eigentümer einer Fundsache übermittelt werden, sofern dies vom Finder erwünscht ist (z.B. zur Überbringung von Finderlohn, Aufwendungsersatz).

5. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten werden gelöscht, sofern Sie nicht mehr zum Zwecke benötigt werden, zu dem Sie erhoben wurden. Dies hängt nicht von der Aufbewahrungs- und Abholfrist ab. Eventuell ist auch nach dieser Frist ein Zugriff auf die Daten erforderlich. Die automatische Löschung findet nach 36 Monaten statt.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen

der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.